

Handbuch mit Weichzeichner

Bernd Faulenbachs „Sozialdemokratisches Jahrzehnt“

Peter März

Wenn über Epochen, Parteien und zentrale Akteure der deutschen Nachkriegsgeschichte geschrieben wird, dann stehen offenkundig die Autoren vielfach ihrem Sujet mit einer Art Grundsympathie gegenüber. Das gilt für Hans-Peter Schwarz, den Autoren schlechthin über die Adenauer-Jahre wie die Ära des ersten Bundeskanzlers¹, das gilt augenscheinlich aber forciert für die Sozialdemokratie, die sich etwa ab 1961/62 (Bundestagswahl 1961, Spiegelkrise 1962 mit jeweils Sondierungen Konrad Adenauers über eine Große Koalition) anheischig machte, erstmals seit dem Frühjahr 1930 wieder Regierungsverantwortung auf Gesamtstaatsebene in Deutschland zu übernehmen. Das neue Buch von Bernd Faulenbach über das sozialdemokratische Jahrzehnt² – arithmetisch etwas unscharf, denn insgesamt waren es von 1969 bis 1982 ja dreizehn Regierungsjahre – steht ganz unbestreitbar in dieser Kontinuität einer Grundsympathie mit der Partei, ihren führenden Akteuren, wie insbesondere den konzeptionellen Impulsen, mit denen die SPD dann seit Mitte der sechziger Jahre tonangebend wurde. Faulenbach selbst ist sozialdemokratisches Urgestein und auch in einem institutionellen Sinne sozialdemokratischer Geschichtspolitiker par excellence, zentrale Figur in der Historischen Kommission beim Vorstand der Partei und zugleich in unzähligen Kommissionen zu zeitgeschichtlichen Einrichtungen im Land für die sozialdemokratische Repräsentanz engagiert. Das muß kein Schaden sein, aber man sollte es doch stets bedenken.

Zunächst einmal muß man sagen, daß diese Monografie in vielem kein Neuland mehr betritt und zugleich in mancherlei Hinsicht von anderen gewichtigen sozialdemokratischen Autoren bzw. doch dem Milieu nahestehenden Biografen gewissermaßen eingerahmt wird. Das chronologische Vorgänger-Buch, an dem sich Faulenbach messen lassen muß, ist die wirklich große Monografie von Klaus Schönhoven über die SPD in den Vorgängerjahren der Großen Koalition mit dem Vize-Kanzler und Außenminister Willy Brandt von 1966 bis 1969 und tatsächlich doch mit der, jedenfalls in der Regierung, sozialdemokratischen Führungsfigur Herbert Wehner, unter und neben Kurt Georg Kiesinger.³ Somit ein Buch über Jahre, in denen vieles begann: eine Ost- und Deutschlandpolitik, bei der die Regierungschefs in Bonn und Ost-Berlin erstmals Briefe wechselten, eine keynesianisch begründete interventionistische Wirtschafts- und Finanzpolitik, ein neomarxistisches Aufbegehren an den Hochschulen – insgesamt eine Zeit politischen Veränderungs- und Gestaltungsanspruches, die Vergangenes in Frage stellte, wie in vielem schon die Adenauersche Deutschlandpolitik, und die sich in manchem ungezügelter Machbarkeitsverheißungen näherte – das wies dann eben schon auf die Jahre ab 1969 hin.

1 Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart 1986, ders.: Adenauer: Der Staatsmann. 1952–1967. Stuttgart 1991, ders.: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2. Stuttgart/Wiesbaden 1981, ders.: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Stuttgart/Wiesbaden 1983.

2 Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982. Bonn 2011.

3 Schönhoven, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der großen Koalition 1966–1969 Bonn 2004.

Schönhoven, das sei vorab bemerkt, übertrifft Faulenbach ganz eindeutig, vielleicht hatte er es aber auch leichter: Es liegt nicht nur an dem viel kürzeren Zeitraum von, sieht man von Vor- und Nachgeschichte ab, knapp drei Jahren, vom Spätherbst 1966 bis zum Frühherbst 1969, den es darzustellen galt. Schönhoven dringt viel tiefer in das Geflecht und Untergeflecht der Sozialdemokratie in den sechziger Jahren ein, er schildert höchst eindrucksvoll die kritische Distanz in den lokalen und regionalen Gliederungen der Partei gegen das Bündnis mit einer ausgezehrt wirkenden bürgerlichen Formation, ein SPD-internes spannendes Ringen, das mindestens bis zum SPD-Parteitag vom April 1968 in Nürnberg anhielt. Schönhoven greift viel tiefer in die Quellen als Faulenbach, er hat aber vielleicht auch eine Art Platzvorteil: Die Beziehungen zwischen der SPD und der CDU/CSU in der Großen Koalition sind einfach spannender als die zwischen der SPD und der FDP in den folgenden dreizehn Jahren der sozialliberalen Koalition. In dieser ersten großen Koalition auf Bundesebene sitzen mit einem Mal am Kabinetttisch im Palais Schaumburg Akteure, die sich in den ersten eineinhalb Jahrzehnten der zweiten Republik als nicht nur politisch, sondern auch als kulturell und ideologisch gegebene Gegenspieler gesehen hatten – insofern kommt es zu einer historischen Versöhnung bzw. engen Begegnung der großen Lager mit ihren jeweils sehr eigenen brillierenden Köpfen und deren jeweils sehr eigenen, für sich schon höchst bemerkenswerten Sozialisationen. Man nehme nur Kurt Georg Kiesinger und Franz Josef Strauß auf der einen, Herbert Wehner, Gustav Heinemann – den Neutralisten der fünfziger Jahre – und Willy Brandt auf der anderen Seite, dazu den buchstäblich schillernden Star des Kabinetts, Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller. Schiller war im übrigen, wie der Kanzler, ehemaliges NSDAP-Mitglied, dazu während der NS-Zeit in vielfacher volkswirtschaftlicher Zuarbeit für die Rüstungspolitik des Militärapparates des Dritten Reiches tätig gewesen.⁴

Auch wenn die sozialliberale Koalition gerne und vielfach als neugestiftetes Bündnis von demokratischer Arbeiterbewegung und (links-)liberalem Bürgertum vermittelt wurde, gewissermaßen im Kontrast zu einer als spießig-repressiv gezeichneten Ära Adenauer, so bot tatsächlich die vorausgehende Große Koalition doch sehr viel spannendere Szenen von Interaktion, nicht nur zwischen „Plisch und Plum“, Franz Josef Strauß und Karl Schiller, fast hingegen wie bei Shakespeare zwischen dem Expropagandisten im Auswärtigen Amt der Kriegszeit Kurt Georg Kiesinger und dem Exanarchisten und Exkommunisten Herbert Wehner. Und vielleicht waren in mancherlei Hinsicht die drei Jahre dieser ersten Großen Koalition auch die spannendere und innovativere Reformzeit als die Ära der sich anschließenden sozialliberalen Koalition.

Es kommt hinzu: Gerade für die wesentlichen sozialdemokratischen Akteure jener Jahre verfügen wir inzwischen über sehr dichte Biografien, zwar auch von Autoren mit Grundsympathie, aber vielleicht doch auch mit stilistisch, analytisch wie in gewisser Weise auch emotional plastischeren Zugängen auf die jeweilige Schlüsselpersönlichkeit und deren Kontexte: Das gilt wohl schon für Peter Merseburgers Biografie über Willy Brandt⁵ und noch mehr für den hier in erster Linie betroffenen zweiten Band der großen Biografie von Hartmut Soell über Helmut Schmidt⁶. Schon im ersten Band seiner Schmidt-Biografie⁷ zeigt Soell an

4 Vgl. Lütjen, Torben: Karl Schiller. (1911–1994) „Superminister“ Willy Brandts. Bonn 2007, S. 63 ff.

5 Merseburger, Peter: Willy Brandt. 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart/München 2002.

6 Soell, Hartmut: Helmut Schmidt. 1969 bis heute. Macht und Verantwortung. München 2008.

7 Ders.: Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft. München 2003.

Schlüsselszenen noch aus der Zeit der Großen Koalition, an der Auseinandersetzung innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion über ihre Zustimmung zur Notstandsverfassung, wo Anfänge wie auch menschliche Hintergründe der immer wieder und später immer stärker aufbrechenden Gegensätze zwischen Helmut Schmidt und Willy Brandt lagen.⁸ Während Helmut Schmidt als Fraktionsvorsitzender größten Einsatz zeigte, um eine deutliche Mehrheit der Fraktion für die ungeliebte Notstandsverfassung zu gewinnen, und zugleich alles tat, damit der fraktionsinterne Konflikt gebändigt blieb, hielt sich Brandt – ähnlich wie eineinhalb Jahrzehnte später bei den Auseinandersetzungen über Nato-Doppelbeschluß und Nachrüstung in den Schlußzeiten der Schmidtschen Kanzlerschaft – geradezu ostentativ zurück. Aus den Anfängen der sozialliberalen Koalition von 1969 sei ein anderes Beispiel gewählt, das zeigt, wie informationsgesättigte, einfühlsame und dichte Biografien mehr vermitteln als eine eher enzyklopädische Darstellung in der Manier von Faulenbach: Es geht um Helmut Schmidts Agieren am Beginn des neuen Regierungsbündnisses als erster sozialdemokratischer Verteidigungsminister in Deutschland seit Gustav Noske 1919/20. Nach all den über Generationen gewachsenen Verwerfungen zwischen militärischer Macht und Sozialdemokratie bot das Amt des Verteidigungsministers für einen SPD-Akteur wohl die denkbar riskanteste Herausforderung. Daß und wie es Schmidt gelang, Wehrmachts-Nostalgien definitiv zu überwinden, zugleich aber im Offiziers-Korps Vertrauen zu gewinnen und dies mit einem riskanten Modernisierungskurs, war, alles in allem, gewiß nicht nur ein Höhepunkt seiner politischen Biografie; die Schilderung dieser Anfänge Helmut Schmidts als Kabinettsmitglied in der sozialliberalen Koalition ist zugleich geradezu ein Schmuckstück des zweiten Bandes von Soells Biografie über den späteren fünften Bundeskanzler.⁹ Schließlich sei noch die Darstellung eines sozialdemokratischen Akteurs der zweiten Ebene dieser Ära hervorgehoben, die gleichfalls in manchem weit über Faulenbach hinausgeht, die wirklich große Biografie von Werner Abelshäuser über den intellektuellen Gewerkschaftsmann, Marxisten wie späteren Schmidt-Vertrauten, Bundesforschungs-, Bundesfinanz- und schließlich Bundespostminister Hans Matthöfer¹⁰. Wer erfahren möchte, wie sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik unter dem Druck der Weltwirtschaftskrisen seit 1973, konfrontiert mit Investitions- wie Einsparungserfordernissen, unter dem Druck wachsender Arbeitslosen- wie Inflationszahlen gewissermaßen zwischen Skylla und Charybdis navigierte und dabei in vielem mißlang, der wird es am ausführlichsten wie intensivsten und zugleich berührendsten aus der Schilderung von Hans Matthöfers politischem Lebensweg erfahren.

Gewiß wäre es unfair, Bernd Faulenbach vorzuhalten, daß er mit einer Überblicksdarstellung nicht die Dichte erreicht, welche umfangreiche Einzeluntersuchungen und Biografien auszeichnet. Aber umgekehrt wird man von einem stattlichen 800-Seiten-Buch über dreizehn Jahre Zeitgeschichte doch erwarten dürfen, daß es Schlüsselszenen nachgeht, daß es Gründe und Untergründe nicht scheut, daß es auch einmal zur Anekdote greift und so Spannung und letztlich auch Lesevergnügen herstellt. Das aber gibt die Lektüre nicht oder kaum her.

Zunächst einmal: Die Ökonomie ist offenkundig nicht die Sache von Bernd Faulenbach. Er folgt hier den eher ausgetretenen Pfaden, die in vielem wohl schon auf die Selbstreflexionen und Mythisierungen von Helmut Schmidt unmittelbar

8 Ebd. S. 719 ff.

9 Soell: Schmidt. Macht und Verantwortung, S. 13 ff.

10 Abelshäuser, Werner: Nach dem Wirtschaftswunder: Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer. Bonn 2009.

zurückgehen. Danach liest es sich etwa so: Bis 1973 sei alles gut gegangen. Dann hätten die Energiekrise im Gefolge des arabischen Ölboykotts nach dem Jom-Kippur-Krieg, die Schwäche der amerikanischen Volkswirtschaft und des Dollars und im Inland die überbordenden Gewerkschaftsambitionen die Perspektiven einer keynesianischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, gestützt auf hohe, einfach unterstellte Wachstumsannahmen, sozusagen vermässelt. Faulenbach läßt im Zusammenhang mit dieser doch eher sehr subjektiven Annahme die sich selbst tragende Rekonstruktions- und Boomphase nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren hohen Wachstumsraten erst in den siebziger Jahren zu Ende gehen.

Die ökonomische Wirklichkeit war aber ganz anders: Mit den hohen Wachstumsraten quasi wie von selbst, also ohne staatliches *deficit spending*, war es in Westdeutschland schon ab Mitte der sechziger Jahre vorbei. Zwar gelang es der Großen Koalition nach den Eintrübungen von 1966/67 mit einem stagnierenden Wirtschaftswachstum und einer zunächst marginalen Arbeitslosigkeit verblüffend schnell, zu hohen Wachstumsraten zurückzukehren. Aber heute können wir davon ausgehen, daß das damals schon eine Scheinblüte war, gestützt auf immer mehr staatliche Investitionsprogramme, die am Ende in immer höhere staatliche Verschuldung mündeten; dieser Prozeß begann mit der Großen Koalition und er erfuhr eine stetig dynamischere Beschleunigung mit Beginn der sozialliberalen Regierung 1969 – die schnellen Rücktritte ihrer ersten Finanzminister Alex Möller und Karl Schiller waren eigentlich Menetekel, überstrahlt durch die Verheißungen der Reformpolitik und die Auseinandersetzungen um die Neue Ost- und Vertragspolitik seit Frühjahr 1970 – Themen, die bis Ende 1972 die politische Kommunikation in Westdeutschland beherrschten.¹¹

Faulenbachs Darstellung ist über die Maßen fußnotengesättigt. Aber wer sich die Mühe macht, genauer hinzusehen, wird bald feststellen, daß da Masse über Klasse triumphiert. Oft, ungewöhnlich oft, wird auf summarische Gesamtdarstellungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte Bezug genommen, Zeitzeugeninterviews wurden offenkundig nicht geführt, archivalische Quellen treten deutlich zurück – so daß der Autor durchaus gut daran tut, sich vielfach auf die vor (!) der Wiedervereinigung erschienenen Klassiker zur Geschichte der alten Bundesrepublik zu beziehen. Insgesamt wird man zwar sagen können, daß die hier in Frage kommenden Bände aus dem Gesamtwerk „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ die Entwicklungen auf der Bonner Bühne in einem Maße zutreffend beschrieben haben, das heute noch verblüfft.¹² Gegen die genannten Bände von Bracher, Jäger und Link sowie wieder Jäger und Link über die Jahre von 1969 bis 1982 ist auch heute wenig einzuwenden – sie übertreffen Faulenbach wie viele andere spätere Gesamtdarstellungen insbesondere an Plastizität, sprachlicher Brillanz und historiographischer Prägnanz bei weitem. Man fragt sich dann nur umgekehrt, worin denn nun der Mehrwert bzw. der Fortschritt bestehen soll.

Kennzeichnend für den Gesamtduktus ist eine Haltung des einerseits und andererseits: Einerseits gefährdeten die Jungsozialisten, die sich teilweise in DKP-Nähe positionierten, die Regierungsfähigkeit der SPD, andererseits waren es aber auch diese

11 Zur sich stetig verschlechternden ökonomischen und finanziellen Datenlage in Westdeutschland: Bökenkamp, Gérard: Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969–1998. Stuttgart 2010.

12 Vgl. Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel, 1969–1974. Die Ära Brandt. Stuttgart/Mannheim 1986, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/I; Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt mit einem abschließenden Essay von Joachim C. Fest. Stuttgart 1987, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/II.

irgendwie sympathischen jungen Leute, die irgendwann erfolgreich integriert werden und zu Enkeln Willy Brandts mutieren würden. Einerseits unterstützte Willy Brandt den Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht wirklich entschlossen in seiner Regierungsarbeit, andererseits überbrückte er auf diese Weise Frontbildungen und Antagonismen innerhalb der SPD. Einerseits mußte der Terrorismus der RAF wie ihrer Adepten selbstverständlich rückhaltlos bekämpft werden, andererseits sollte irgendwie gegenüber dem kommunikativen Umfeld dann doch des Guten nicht zu viel getan werden. Eine typische Kostprobe dieser Art, nicht zu argumentieren und zu urteilen, sondern das Unvereinbare quasi in friedlicher Koexistenz und in einem überbordenden Satzbau zu addieren: „Vor dem SPD-Parteirat am 17. Mai 1977 setzte Willy Brandt insofern einen zusätzlichen Akzent, als er nicht nur betonte, daß sich die SPD für die Bekämpfung des Terrorismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln einsetze, sondern auch daraufhin wies, daß die SPD nicht zulassen dürfe, daß der kritische Geist in Deutschland zum Sympathisanten des Extremismus und des Terrors gestempelt wird“, eine Warnung, die angesichts bestimmter Tendenzen in den Medien gewiss berechtigt war, obgleich einzuräumen ist, dass es tatsächlich eine Sympathisanten-Szene der RAF gab, der auch linksradikal-unpolitische Wissenschaftler zuzurechnen waren.“¹³ Was gilt nun eigentlich?

Eine sozusagen über den Wassern schwebende – intendierte? – Unentschiedenheit, die im sozialdemokratischen Spektrum allen mehr oder weniger recht gibt, den jeweiligen Flügeln wie den jeweiligen Akteuren, kennzeichnet an erster Stelle die Schilderung des Verhältnisses zwischen dem Kanzler Helmut Schmidt (seit 1974) und dem Parteivorsitzenden Willy Brandt, noch dreizehn Jahre über seinen eigenen Sturz als Regierungschef im Frühjahr 1974 hinaus an der Spitze der SPD. Mehr als in den komplexen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, die nie den Markenkern von Willy Brandt oder auch Hans-Jochen Vogel, des Kanzlerkandidaten von 1983, berührten, die aber wohl ursächlich für das Ende des sozialliberalen Koalition im Herbst 1982 waren, prallten die Gegensätze emotional in den Fragen von Friedenssicherung durch Gleichgewicht und Nachrüstung seit Ende der siebziger Jahre aufeinander: Zum eigentlichen Antipoden Helmut Schmidts avancierte in der Partei Erhard Eppler, der sich 1981 im Bonner Hofgarten mit Heinrich Böll und Uta Ranke-Heinemann inszenierte, von Brandt nicht nur geduldet, sondern in gewisser Weise wohl auch gebilligt. Gewiß, diese Gegensätze sind bei Faulenbach durchaus vorhanden, aber er vermeidet es geflissentlich, ihre förmlich fundamentale, ja existentielle Dimension erkennbar werden zu lassen. Um hier deutlicher und klarer zu werden, hätte er sich nur auf Helmut Schmidts Schilderung von Willy Brandts Umgang mit seinem alten Berliner Weggefährten Richard Löwenthal in der innerparteilichen Krisensituation des Jahres 1981 beziehen müssen: Löwenthal, sozusagen der antikommunistische Hausideologe der SPD aus ihren antikommunistisch gefestigten Zeiten, hatte sowohl neomarxistische Tendenzen im SPD-Nachwuchs, als auch eine libertäre Haltung der Partei gegenüber der SED-Führung und schließlich ihre zunehmend unklare Position in der Frage des Nato-Doppelbeschlusses kritisiert. Helmut Schmidt registriert mit offenkundig auch tiefer menschlicher Enttäuschung in seinen einschlägigen Erinnerungen, daß Löwenthal dafür vom Parteivorsitzenden gemäßregelt wurde, während seine SPD-internen Kritiker weiterhin freies Schußfeld gehabt hätten: „1981 hat er [Löwenthal; P. M.] sechs Thesen für die Politik der SPD in Umlauf gesetzt. Brandt reagierte allergisch und mahnte seinen alten Freund Löwenthal zur Parteidisziplin; gleichzeitig ließ er aber andere prominente Sozialdemokraten, die laufend öffentlich meine Regierung

13 Faulenbach: Sozialdemokratisches Jahrzehnt, S. 621.

kritisierten und dabei die Beschlüsse des Parteitages und des Parteivorstandes, dem sie selbst angehörten, immer wieder verletzten, völlig frei agieren. Das brachte mich in Harnisch. [...] Löwenthal war in jenen Tagen nicht weniger deutlich. Er warf Brandt vor, durch Stillschweigen der Behauptung Vorschub geleistet zu haben, er sei eigentlich neutralistisch und pazifistisch gesinnt; insbesondere habe er am Vorabend von Eppers großer Friedensdemonstration dieser mit durch ‚kritische Unterlassung‘ Vorschub geleistet, die sich ‚eindeutig nicht nur gegen die Politik der Bundesregierung, sondern auch gegen die beschlossene Politik der SPD gerichtet hat.“¹⁴ Auf der anderen Seite erscheint es freilich auch angebracht, Schmidts bis heute als *Zeit*-Herausgeber wie nationaler Interpret imaginierte Rolle der einfach maßgeblichen Figur bei der Bewertung von Akteuren, deren Sichtweisen, Weltbildern und Leistungen, kritisch zu überprüfen. Bei Faulenbach heißt es etwa: „Helmut Schmidt sagte in dieser Zeit [ca. 1981; P. M.] bei verschiedenen Gelegenheiten, vom deutschen Territorium dürfe nicht wieder Krieg ausgehen, was für ihn ein besonderes deutsches Engagement für den Frieden in Europa bedeutete. Erich Honecker vertrat im Rahmen seiner – auch durch Hardliner im eigenen Lager begrenzten – Möglichkeiten eine ähnliche Position. Beide deutsche Regierungen wirkten in einer gleichsam informellen Koalition zusammen, um sich nicht in die neue Konfrontation hineinziehen zu lassen und ein positives Sonderverhältnis zu pflegen, da sie ein vitales Interesse an der Fortführung der Entspannungspolitik hatten, eine Entwicklung, die in der internationalen Öffentlichkeit durchaus registriert und teilweise auch kritisch kommentiert wurde.“¹⁵ Einmal bezieht sich diese Bemerkung offenkundig auf den Schmidtschen Ansatz nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan Ende 1979, gegen die US-amerikanische Politik unter den Präsidenten Carter und sodann Reagan so etwas wie ein Reservat europäischer Entspannungspolitik wider die Tendenzen der Weltpolitik zu erhalten. Zum anderen verblüfft hier bei Faulenbach die symmetrische Betrachtungsweise hinsichtlich Intentionen wie Rädien der Bonner wie Ost-Berliner Politik jener Jahre. Derart ansatzweise Gleichsetzungen sollten sich mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges und vor dem Hintergrund des heute zugänglichen Quellenmaterials eigentlich verbieten.

Freilich kommt hinzu, daß Helmut Schmidt persönlich, geleitet wohl von einer vordergründig-technokratischen Sicht, zu mancherlei Fehleinschätzungen hinsichtlich Personen wie Einzelkonstellationen in der Ost-West-Konfrontation neigte. Bei Faulenbach klingt von alledem nichts an. Dabei geht es zum einen um bestimmte Führungsfiguren der SED-Nomenklatura. Schmidt nennt den Hauptverantwortlichen für das Desaster der DDR-Volkswirtschaft, Günter Mittag, anlässlich seiner Schilderung des Besuches im Dezember 1981 bei der DDR-Führung am Werbellinsee, einen „kompetenten, aber zugleich eigenwilligen“ Mann.¹⁶ Im Gegensatz zu Honecker sei Mittag in der Lage gewesen, sachverständig den damaligen Schmidtschen Ausführungen über die Devisenproblematik im innerdeutschen Zahlungsverkehr zu folgen, so daß man ihn insgesamt einen „versierten Wirtschaftsexperten“¹⁷ nennen könne. Noch problematischer – und auch solche Fehlwahrnehmungen tauchen bei Faulenbach allenfalls marginal auf – scheinen allerdings die Sichten des zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzlers auf das Nachbarland Polen: Hier geht es einmal um die nahezu klassischen deutschen Stereotype von den Polen, die einfach nicht arbeiten wollten, bzw. von der sogenannten ‚polnischen Wirtschaft‘, eine Sprachfigur,

14 Schmidt, Helmut: *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*. Berlin 1996, S. 127 f.

15 Faulenbach: *Sozialdemokratisches Jahrzehnt*, S. 702.

16 Schmidt, Helmut: *Die Deutschen und ihre Nachbarn*. Berlin 1990, S. 71.

17 Ebd. S. 70.

die schon auf die Umgebung Friedrichs des Großen zurückgeht. Und es geht zum zweiten um die Distanz großer Teile der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der Gewerkschaft Solidarność. Diese Distanz bestand zum einen, weil nicht wenigen eine derart katholisch grundierte demokratische Arbeiterbewegung in Frontstellung gegen ein marxistisch-leninistisches System gewissermaßen historisch widersinnig erschien, zum anderen aber – und das war gewiß bei Helmut Schmidt bestimmend – ‚weil die polnischen Irritationen die Hegemonialstruktur des Kalten Krieges in Frage zu stellen schienen. Auch hier war die amerikanische Politik um sehr vieles forciert als die – fast um eine Metternichsche Ruhigstellung bemühte – westdeutsche wie französische. Das Bild wird allerdings erst vollständig, wenn man die hohe Wertschätzung Schmidts für den 1980 gestürzten Chef der polnischen KP Edward Gierek hinzunimmt: „Er war der Typus des zuverlässigen, selbst- und machtbewußten, instinktsicheren und charismatischen Arbeiterführers und erinnerte mich an meine Freunde Georg Leber und Walter Arendt – der erstere ein Bauarbeiter, der letztere ein Bergarbeiterführer“.¹⁸ Mag Gierek möglicherweise menschlich einnehmende Züge besessen haben –, daß dem Weltökonom Helmut Schmidt, der etwa gleichzeitig US-Präsident Carter (1976–1980) wegen ökonomischer Inkompetenz bloßzustellen pflegte, die tatsächliche Inkompetenz Edward Giereks nicht bemerkenswert erschien, mutet allerdings mehr als kurios an. Am 16. Juli 1981, also ein knappes halbes Jahr vor Schmidts Besuch in der Schorfheide bei der DDR-Führung wie vor der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und zugleich ein knappes Jahr nach dem Ausbruch der Streiks auf der Danziger Leninwerft, suchte aus der DDR Konsistorialpräsident Manfred Stolpe den Bundeskanzler auf. Nach der Wiedervereinigung ein knappes Jahrzehnt später wurde er erster brandenburgischer Ministerpräsident. Der Bundeskanzler nahm gegenüber Stolpe kein Blatt vor den Mund: Er kritisierte die Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung – in der komplizierten Schwebelage der Jahre 1980/81! –, und stellte fest, daß zuvor doch mit Edward Gierek ein „gestandener Mann“¹⁹ agiert habe. Danach ging es offenkundig im Stil einer antipolnischen, stammtischmäßigen deutsch-deutschen Kumpanei weiter: Kurz zuvor hatte das SED-Politbüromitglied Werner Felfe auf einem Parteitag der polnischen Kommunisten (PVAP) Fragen der Arbeitseinstellung aufgeworfen. Schmidt bezeichnete das als „völlig richtig“, „er [Felfe; P. M.] habe gut daran getan, herauszustellen, wie man bei uns arbeite. Das müßten die Polen mal zur Kenntnis nehmen“.²⁰ Offenkundig, so Schmidt, funktioniere eine kommunistische Zentralwirtschaft „nur bei Preußen und Sachsen“, also wenn deutsche Tugenden dahinterstünden.

Ist es besserwisserische Beckmesserei, wenn man im nachhinein Irrungen und Wirrungen der führenden sozialdemokratischen Akteure von damals einem gnädigen Vergessen entreißt? Nimmt man, im ganz konkreten Fall, Helmut Schmidt damit etwas von seiner Größe oder umgekehrt: Tut man ihm etwas Gutes, wenn man derartige Fehlteile, vielleicht auch Absurditäten, heute übergeht? Die Frage ist naturgemäß eine scheinbare, sie enthält bereits die Antwort: Eine Schmidt-Hagiografie, wie sie heute etwa von seinem Verehrerkreis bei der *Zeit* penetrant praktiziert wird, dürfte auf Dauer einer fairen Bewertung Helmut Schmidts eher schaden als nützen. Der Helmut Schmidt, der 1977 im sogenannten Deutschen Herbst den Terroristen widerstand und der intellektuell den Nato-Doppelbeschluß inspirierte, bleibt von derlei ‚Einwänden‘ ja unberührt.

18 Ebd. S. 481.

19 Zit. nach Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche, 1969–1990. Die Vision vom „Dritten Weg“. Berlin/Frankfurt/Main 1995, S. 445.

20 Zit. nach ebd. S. 446.

Der Eindruck einer moderierend-besänftigenden, möglichst nichts auf die Spitze treibenden Grundhaltung bei Faulenbach bestätigt sich auch im Blick auf die medialen Auseinandersetzungen um die sogenannte Neue Ostpolitik etwa im Zeitraum 1970 bis 1975, bis zur Schlußakte von Helsinki. Wahrscheinlich hat es in der gesamten bisherigen deutschen Nachkriegsgeschichte keine Phase gegeben, in der Medien so unverblümt Partei nahmen, in der die Verbindungen zwischen bestimmten Magazinen und bestimmten Politikern so eng waren und in der das Moment des Informierens und Urteilens so sehr hinter das Moment des Politik-Mitgestaltens zurücktrat wie in jenen Jahren – auf beiden Seiten. Insofern waren die Auseinandersetzungen um die Neue Ostpolitik, insbesondere um den deutsch-sowjetischen Vertrag von 1970 und um den Grundlagenvertrag zwischen den beiden Staaten in Deutschland von 1972, nicht irgendwelche politische Kontroversen. Vielmehr ging es um Kämpfe zweier Lager gegeneinander, die jeweils alle Kapazitäten mobilisierten. Kein Zweifel, *Spiegel* und *Stern*, in hohem Maße aber auch *Die Zeit* und die *Süddeutsche Zeitung*, personifiziert an erster Stelle durch Henri Nannen für den *Stern*, Rudolf Augstein und Günter Gaus für den *Spiegel*, wirkten weitestgehend als politische Akteure, die sich selbst, und dies mit gutem Grund, auch als Stifter der sozialliberalen Koalition betrachten konnten, beginnend schon mit ihrem Beitrag zur Umpolung der ursprünglich weithin noch nationalliberalen Mende-FDP zum linksliberalen Partner der SPD. Insofern ist das berühmte Foto des auf dem Schreibtisch Leonid Breschnews im Kreml im März 1973 sitzenden, besser thronenden Henri Nannen von bemerkenswerter Symbolkraft für diese von Hybris gewiß nicht freie Rolle.²¹ Auf der anderen Seite steht der fast militante Kampf gegen die Neue Ostpolitik, gewiß auch mit einem überschießenden Mißtrauen, für den, exemplarisch und personifiziert, Gerhard Löwenthal mit seinem ZDF-Magazin und Axel Cäsar Springer mit seinem Zeitungsimperium genannt seien.²² Löwenthals ZDF-Magazin, das immer wieder Einzelfälle schlimmster Menschenrechtsverletzungen in der DDR förmlich aufspießte, nervte die Regierenden in Bonn, führte – auch ein Stück deutscher Mediengeschichte – zu harten Auseinandersetzungen in den zuständigen Gremien des ZDF und zog schließlich eine immer weitergehende Marginalisierung der Berichterstattung mit Löwenthals Handschrift nach sich. Dergleichen Maßnahmen waren gegen Springer nicht möglich, dazu war sein Presseimperium zu groß und vor allem zu unabhängig. Bei Springer war es nicht zuletzt enttäuschte Liebe gegenüber Willy Brandt. Springer hatte bekanntlich die Adenauersche Deutschlandpolitik seit Mitte der fünfziger Jahre immer kritischer gesehen und ihr die vermeintlich nationalere Sozialdemokratie vorgezogen, die den Freiheitskampf vom Schöneberger Rathaus in Berlin aus führte. Nun war er ganz vom Eindruck beherrscht, die Sozialdemokratie unterwerfe sich dem Suprematieanspruch des sowjetischen Imperiums, sie verrate – etwa unter Bezug auf Egon Bahr – das atlantische Bündnis und die Verbindungen mit den USA. Aus heutiger Sicht haben gewiß Augstein, Gaus und Nannen auf der einen Seite, Springer und Löwenthal auf der anderen des Guten zuviel getan. Im Blick zum Beispiel auf Letztere: Was bundesdeutsche Anbiederung gegenüber dem SED-Regime anbelangt, wird man in den Oppositionszeiten der SPD ab Herbst 1982 – Stichwort „Nebenaußenpolitik“ – jedenfalls noch deutlich fündiger als in ihren Regierungszeiten in den siebziger Jahren, zumindest auf der Ebene der höheren Parteifunktionäre. Galt es in den siebziger Jahren

21 Vgl. Schreiber, Hermann: Henri Nannen. Drei Leben. München 1999, S. 114 ff., Merseburger, Peter: Rudolf Augstein. Biographie. München 2007, S. 344 ff.

22 Vgl. Winckler, Stefan: Gerhard Löwenthal. Ein Beitrag zur politischen Publizistik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2011, Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie. Berlin 2008, S. 508 ff., Kapitel „Kampf gegen die Ostverträge“.

ja durchaus schlüssig, zumindest nationale Kommunikation für die Zeit der nationalen Teilung zu wahren, wenn möglich zu erweitern – auch um eine deutsche Vereinigungsoption zu erhalten –, so dominierte im Folgejahrzehnt vielfach doch eine auch innere Akzeptanz und Legitimierung des SED-Regimes, es sei historisch wie sicherheitspolitisch in Europa ebenso sinnvoll wie eine perpetuierte Teilung Deutschlands. Freilich muß man auch mitbedenken, daß an erster Stelle die Stamokap-Fraktion bei den Jungsozialisten allerdings schon in den siebziger Jahren intensiv die Verbindung zu den SED-Agenturen in Westdeutschland suchte, ob SDAJ, MSB-Spartakus oder DKP-nahe Kader in den Gewerkschaften.²³

Faulenbachs Gesamtdarstellung der SPD während der sozialliberalen Jahre von 1969 bis 1982 hat durchaus auch ihre Verdienste. Es kommt gewissermaßen alles irgendwie schon vor, zumindest was die entscheidenden Weichenstellungen wie die übergreifenden Entwicklungen anbelangt. Dies gilt insbesondere für den von Faulenbach schlüssig herausgearbeiteten Zäsurcharakter der Jahre 1973/74, der sich eben keineswegs nur mit dem Wechsel im Amt des Bundeskanzlers von Brandt zu Schmidt verbindet. Vielmehr geht es um das Erodieren des ursprünglich vielfach so überschießend-utopischen Reformimpulses insgesamt, der ja nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkt gewesen war, und um den Paradigmenwechsel zu einer sehr pragmatischen, Problemhaushalte verwaltenden Phase; letztere spitzte sich nach der Bundestagswahl 1980 für die SPD immer weiter zu. Daß Faulenbach für diese Schlußphase der sozialliberalen Koalition, entsprechend seiner Einerseits-andererseits-Grundhaltung, zwar die zunehmenden Gegensätze zwischen Bundeskanzler und SPD-Bundestagsfraktion hervorhebt, das Schuldkonto der FDP aber offenkundig überlastet – hier spricht er gerne auch schon von ‚neoliberal‘ –, sei ihm als Sozialdemokraten nachgesehen. Positiv ist auch zu vermerken, daß er aus einer sozialdemokratischen Binnensicht parteiinterne Entwicklungen wie Verwerfungen, insbesondere im Ruhrgebiet und in München, sehr kundig nachzeichnet. Es geht dabei um die strukturellen Entwicklungen in den alten Montanrevieren an Rhein und Ruhr, im Hinblick auf die bayerische Landeshauptstadt um die so typischen Auseinandersetzungen zwischen einer konservativen Stadtratsfraktion unter dem Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und akademischen Neomarxisten, die die SPD-Hegemonie in München schließlich zum Einsturz zu bringen verstanden. Auch dies ist eine Art politisches Lehrbeispiel.

Insgesamt wird man von einer Art weichgezeichnetem Handbuch mit punktuellen Verdiensten sprechen können. Ein großer Wurf ist es nicht, packende Lektüre schon gar nicht.

23 Für die sozialdemokratischen Einstellungen gegenüber der SED in den achtziger Jahren und die daraus resultierenden Belastungen während des Wiedervereinigungsprozesses 1989/90 siehe Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006.